

Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtansicht
Tagesblatt Rieser,
Herrn Nr. 20,
Postfach Nr. 52.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Rieser, des Rates der Stadt Rieser, des Finanzamts Rieser und des Hauptkassamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfachkonto
Dresden 1890
Strohkasse
Rieser Nr. 52.

Nr. 32.

Samstag, 7. Februar 1931, abends.

84. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags anzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 19 mm breite, 7 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 29 mm breite Reklamzeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Bei wichtigeren Redaktionen, wenn der Betrag verfallt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät, Zahlungs- und Erfüllungsort: Rieser. Achtstündige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Rieseranten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezugsnehmer Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Sanger & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Ullmann, Rieser; für Anzeigentel: Wilhelm Dietrich, Rieser.

Die Mißtrauensanträge abgelehnt.

Der Antrag auf Reichstagsauflösung ebenfalls abgelehnt.

Berlin. (Funkspruch.) In der heutigen Reichstags-Sitzung wurden die nationalsozialistischen und kommunistischen Mißtrauensanträge in namentlicher Abstimmung mit 208 gegen 221 Stimmen bei 18 Stimmenthaltungen abgelehnt.

Berlin. (Funkspruch.) Im Reichstag wurde ein Zentrumsantrag, über den deutschnationalen Mißtrauensantrag gegen Minister Treviranus zur Tagesordnung überzugehen, mit 212 gegen 206 Stimmen bei 7 Stimmenthaltungen angenommen.

Berlin. (Funkspruch.) Im Reichstag wurde der nat.-soz. Antrag auf Reichstagsauflösung mit 218 gegen 207 Stimmen abgelehnt.

Berlin. (Funkspruch.) Der kommunistische Antrag auf Streichung des Gehalts des Reichskanzlers wurde in namentlicher Abstimmung mit 214 gegen 207 der Kommunisten, Nationalsozialisten und Deutschnationalen abgelehnt.

Berlin, 7. Februar. (Funkspruch.)

Reichstagspräsident Lohde eröffnete die Sitzung um 12 Uhr. Vor Eintritt in die Tagesordnung verlangte Abg. Stöcker (Komm.), die Absetzung der Punkte von der Tagesordnung, die sich auf die Aenderung der Geschäftsordnung und auf Aufhebung der Immunität von Abgeordneten beziehen. Diese Anträge ließen auf eine Abweisung der Opposition und auf eine Vergewaltigung der Minderheit hinaus. Besonders zu verurteilen sei die Aufhebung des Antrags Rausch (Bayerische Sp.), wonach alle an die Geschäftsordnungs-Kommission überwiesenen Anträge auf Einstellung oder Genehmigung von Strafverfahren gegen Abgeordnete zurückgezogen werden sollten. Dieser Antrag sei unter Nichtachtung der Fristen durch Ueberrumpelung des Reichstages auf die Tagesordnung gesetzt worden. Die Opposition werde zur Abwehr alle geschäftsordnungsmäßigen Mittel anwenden.

Abg. Götthelmer (Dnat.) beantragte, nach dem Abschluß der Debatte auch die Mißtrauensanträge gegen die Minister Treviranus, Dr. Curtius und Birch zur Abstimmung zu bringen.

Präsident Lohde erwidert, die Mißtrauensanträge gegen Curtius und Birch könnten erst bei dem Staatsminister erledigt werden. Minister Treviranus habe allerdings seinen besonderen Etat. Dem Abgeordneten Stöcker gibt der Präsident zu, daß beim Antrag Rausch nicht die Fristen gewahrt seien. Dieser Antrag werde also von der heutigen Tagesordnung abgesetzt.

Unter Vorsitz der Flügelparteien wird dann der Antrag Stöcker gegen die Stimmen der Kommunisten, Nationalsozialisten und Deutschnationalen bei Stimmenthaltung des Landvolks abgelehnt.

Die Tagesordnung wird also nur dahin geändert, daß der Antrag Rausch abgelehnt wird und der Mißtrauensantrag gegen Minister Treviranus heute zur Abstimmung kommt.

Die zweite Beratung des

Saushalts des Reichskanzlers

wird dann fortgesetzt.

Präsident Lohde kommt nochmals auf die gestrigen Ausführungen zurück und bedauert besonders, daß so ruhige Redner wie Dr. Pfeiffer und Joss überhört worden seien.

Abg. Bornemann (Volksnat. Reichsvereinigung) erklärt, seine Freunde würden den Mißtrauensanträgen nicht zustimmen. Es handle sich nicht nur um eine Wirtschaftskrise, sondern um eine Volkskrise. Wir leiden unter einem System, das den Staat zur Beute privater Kräfte macht und den größten staatlichen Einfluß privaten Parteien einräumt, die mit dem Mittel der Demagogie arbeiten. Wir stimmen auch der Aenderung der Geschäftsordnung zu und den Anträgen gegen den Mißbrauch der Immunität. Anstelle einer Diktatur wollen wir lieber unsere Büchsen wieder holen, die in vielhundertjähriger Geschichte mit dem deutschen Volk eng verbunden sind.

Abg. Dr. Oberjochen (Dnat.) wendet sich gegen die Ausführungen, die gestern der Abg. Joss gegen Dr. Hoffen gemacht hat. Dr. Hoffen habe in einer Versammlung deutschnationaler Industrieller nicht die Preisgabe deutscher Provinzen gefordert, sondern gegen die Kreditverflechtung Deutschlands an Frankreich gekämpft. Dabei habe er gesagt, es sei zu erwägen, was schlimmer sei, der Verlust deutschen Landes in der Vergangenheit oder aber die goldenen Fesseln, die nunmehr an der Tributverflechtung noch hinzukommen sollen. Der Abg. Joss hätte die Verlichtung beachten sollen, die sich gegen den falschen „Vormarsch“-Bericht über diese Versammlung richtete.

Der Abg. Dr. Oberjochen wendet sich dann dagegen, daß der Kanzler gestern davon gesprochen habe, Gugenberg habe eine neue Inflation vorgeschlagen. Er stellt an den

Reichskanzler die Fragen, aus welchem Grunde er keiner Darlegung, die klar und deutlich von den Gefahren der Deflation spreche, die Absicht der Herbeiführung einer neuen Inflation unterlasse, ob der Reichskanzler nicht wisse, daß wir uns mitten in einer verhängnisvollen Deflation befinden, ob der Reichskanzler vergessen habe, daß schon zweimal das Ausland einen planmäßigen Angriff auf unsere Währung durch Zurückziehung kurzfristiger Kredite unternommen habe, daß er bei diesem Zustand der Dinge überhaupt keine selbständige deutsche Politik führen könne und ob er es für möglich halte, diesen Zustand der Dinge als Dauerzustand zu lassen? Die Behauptung des Reichskanzlers, dieser habe 1927 Herrn Gugenberg einen Vorschlag gemacht, zuerst den deutschen Osten zu entschulden und dann erst an die Reparationsfrage zu gehen und daß es die Absicht der damaligen Regierung gewesen sei, diesen Vorschlag zu verwirklichen, erklärt der Redner im Einvernehmen mit Gugenberg und den damaligen deutschnationalen Ministern für eine Unwahrheit.

Als der Redner seine Ausführungen beendet hat, aber schon auf der rechten Seite laute Rufe: Der Herr Reichskanzler hat das Wort! — (Der Reichskanzler befindet sich im Augenblick nicht im Saale.)

Abg. Dr. Kleiner (Deutschnat.) stellt dem Reichskanzler vor, daß es ihm in seiner geistigen Ermüderung an Sachlichkeit und an konkretem Inhalt gemangelt habe. Von der Absicht des Kanzlers, den Schieber von der Sabotage der Diktate zu lassen, sei nichts übrig geblieben, als die agitatorische Polemik. Der Reichskanzler habe nicht die deutschnationalen Bewusstseinsfragen erläutern können, daß die Absicht, die Diktate mit ausländischen Krediten zu finanzieren, eine gefährliche Fortsetzung der verhängnisvollen Wirtschaftskrise und Finanzpolitik bedeute hätte, die den Osten ruiniert habe. Die unerfreulichen lärmenden Begleiterscheinungen bei der Diktate des Reichskanzlers lehne die ganze nationale Bevölkerung der Grenzlande ab. Die Schuld liege aber bei den Trägern der Erfüllungspolitik. Von einer konfessionellen Hege könne nicht die Rede sein. Gerade die Massen, die in Oberösterreich ihre Ablehnung gegenüber dem Reichskanzler Ausdruck gegeben hätten, seien zu 90 Prozent v. S. katholisch. Der Kampf der Deutschnationalen gehe gegen die Parteibürokratie des herrschenden Systems und damit auch gegen die Parteibürokratie des Zentrums gegen das Zentrum, das nach der Wahl Hindenburgs ein Flugblatt verbreitete: „Deutsches Volk, was hast Du getan, Du hast Verrat geübt an Deinen beiligsten Werten!“

Während der Rede kommt es zu einem Zwischenfall. Ein sozialdemokratischer Abgeordneter ruft dem Redner zu, warum er nur noch recht spreche. Darauf antwortet Dr. Kleiner: „Damit ich Ihre Frage nicht lehne!“

Präsident Lohde ruft Dr. Kleiner zur Ordnung und fügt zu dem Abg. Schillers (Dnp.) hinzu: „Sie haben zu einem ganz großen Anstoß Beifall gefasst. Ich rufe Sie zur Ordnung!“ (Unruhe.) Der Abg. Dr. Cuno (Dnat.) teilt mit eben mit, daß auch er zu dieser Ordnungswidrigkeit Beifall gefasst habe. „Ich rufe auch Herrn Dr. Cuno zur Ordnung.“

Nach diesem Zwischenfall bemerkt man etwache Anzeichen von Unruhe zwischen Dr. Cuno und einigen Abgeordneten der Deutschen Volkspartei und des Zentrums. Abg. Pfeiffer (Dnp.) ruft zu den Deutschnationalen hinüber: „Und das wollen nun Akademiker sein!“

Erst nach einigen Minuten beruhigen sich die Gemüter und Abg. Cuno kommt als zweiter Redner der Wirtschaftspartei zum Wort. Er meint, die gegenwärtige deutsche Wirtschaftskrise sei in erster Linie auf das marxistische Regime in der Reichsregierung zurückzuführen. Er erörtert die Entwicklung der Finanz- und Steuerpolitik der letzten Jahre, um nachzuweisen, daß die Finanznot entstanden sei durch das Entgegenkommen gegen die Forderungen der Sozialdemokraten. Das sei zum Schaden des Mittelstandes geschehen, weil die Deutschnationalen die positive Mitarbeit am Staat verlangt hätten. Die Rettung könne auch nicht von den Nationalsozialisten kommen, sondern nur von einem starken deutschen Mittelstand. Der deutsche Mittelstand kämpfe nicht nur gegen den Marxismus von links, sondern auch gegen den mittelstandsfreundlichen Sozialismus der Nationalsozialisten. Die Wirtschaftspartei habe, so erklärt der Redner weiter, dem Kabinett Brünning von Anfang an ein gewisses Vertrauen entgegengebracht. Die Deutschnationalen aber hätten in Verkennung der Verhältnisse die Auflösung des Reichstages herbeigeführt. Die Folge sei eine Radikalisierung und eine Verhärtung der Wirtschaftskrise gewesen.

Abg. Ehrlich (Deutsches Landvolk) gibt eine kurze Erklärung ab, wonach seine Fraktion den Antrag auf Reichstagsauflösung ablehnt, damit sofort notwendige Maßnahmen gesetzgeberischer Art im Interesse der notleidenden Landwirtschaft nicht weiter hinausgezögert würden. An der Einstellung der Fraktion habe sich seit ihrer Erklärung im November v. J. nichts geändert, sie verlange eine Umbildung der Reichsregierung, die dem nationalen Volkswillen entspreche und werde daher den Mißtrauensanträgen zustimmen.

Abg. Dr. Bey (NSDAP.) meint, im Mittelpunkt der Debatte habe nicht die Kanzlerrede, sondern die Rede von Dr. Gorbels gestanden. Damit sei die übertragende Bedeutung der Nationalsozialisten gekennzeichnet. Der Redner wendet sich gegen die Ausführungen des Abg. Joss, wo die Zentrumsanhänger die Mehrheit haben, da werde von ihnen Terror und Gewalt geübt. Abg. Joss habe es verstanden, einen legalen Separatismus zu verbreiten, aber das Volk an Rhein und Ruhr nicht zwischen denen, die im Dienste Frankreichs das Rheinland von Deutschland abtrennen wollen und denen, die gegen dieses Gesindel gekämpft haben. Wenn wir die Macht haben, werden wir nicht die kleinen, sondern die großen Separatisten hängen.

Präsident Lohde: „Ich nehme an, daß Sie den Vorwurf, im Dienste Frankreichs zu stehen, nicht gegen ein Mitglied des Hauses richten wollen.“

Abg. Dr. Bey: „Das können wir im Augenblick nicht feststellen.“

Präsident Lohde: „Damit weisen Sie meiner klaren Frage aus.“ (Unruhe.)

Die Aussprache ist damit beendet.

Das Ergebnis der Abstimmungen.

Der von den Nationalsozialisten und Kommunisten gegen das Gesamtkabinett eingebrachte Mißtrauensantrag kommt zur namentlichen Abstimmung. Für den Mißtrauensantrag stimmen mit den Nationalsozialisten und Kommunisten die Deutschnationalen und das Landvolk. Der Mißtrauensantrag wird mit 208 gegen 221 Stimmen bei 18 Stimmenthaltungen abgelehnt. (Plurimale bei den Kommunisten.) Die Abg. Schlang-Schöningen und Bauer von der Landvolkpartei nahmen an der Abstimmung nicht teil.

Die Mehrheit der Wirtschaftspartei hat Stimmenthaltung geübt, die Minderheit hat gegen den Mißtrauensantrag gestimmt.

Abg. Esser (Zentrum): Nachdem das Mißtrauensvotum gegen das Gesamtkabinett abgelehnt ist, beantrage ich Uebergang zur Tagesordnung über den Mißtrauensantrag gegen Minister Treviranus.

Die Abg. Götthelmer (Dnat.) und Dr. Fried (NSDAP.) halten eine solche Abstimmung für unzulässig. Präsident Lohde weist aus der Geschäftsordnung die Zulässigkeit nach.

In namentlicher Abstimmung wird der Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung mit 212 gegen 206 Stimmen bei 7 Stimmenthaltungen der Wirtschaftspartei angenommen. Das Landvolk hat in diesem Falle für Uebergang zur Tagesordnung gestimmt, die Kommunisten, die Nationalsozialisten und Deutschnationalen stimmten dagegen.

Der nat.-soz. Antrag auf Reichstagsauflösung wird dann in namentlicher Abstimmung mit 218 gegen 207 Stimmen abgelehnt. Dafür stimmten die Nationalsozialisten, die Deutschnationalen, die Kommunisten und vom Landvolk der Abg. Dr. Wendhausen.

Abg. Stöcker (NSDAP.) beantragt hierauf Vertagung. In der Presse werde verbreitet, daß die außerpolitische Debatte schon am Montag stattfinden solle. Das würde ein Verstoß gegen die Vereinbarungen des Helldentrates und eine Unloyalität sein.

Präsident Lohde erwidert, er habe erst vor wenigen Minuten mit dem Außenminister darüber gesprochen, daß die außerpolitische Debatte am Dienstag stattfinden solle.

Zunächst werden noch die Abstimmungen zum Etat vorgenommen. Der kommunistische Antrag auf Streichung des Gehalts des Reichskanzlers wird in namentlicher Abstimmung mit 214 gegen 207 Stimmen der Kommunisten, Nationalsozialisten und Deutschnationalen abgelehnt.

Mit ähnlichem Stimmverhältnis werden dann in einer ganzen Reihe von namentlichen Abstimmungen weitere Streichungs- und Aenderungsanträge der Nationalsozialisten, Kommunisten und Deutschnationalen abgelehnt.

Schließlich meldet sich Abg. Esser (Zentrum) zur Geschäftsordnung. Er wird von Nationalsozialisten und Kommunisten mit lärmenden Rufen empfangen: Schieber! Galt für den Dreß gesunden?

Abg. Esser beantragt, über alle noch vorliegenden Aenderungsanträge zur Tagesordnung überzugehen und über alle noch nicht erledigten Kapitel des Etats gemeinsam abzustimmen. (Rufe auf der äußersten Linken und Rechten: Unerhört!)

Abg. Stöcker (NSDAP.) erklärt diesen Antrag für eine Vergewaltigung der Minderheit und für geschäftsordnungswidrig. Er widerspreche zum mindesten der gesamten bisherigen Praxis. Der Redner verlangt namentliche Abstimmung über den Vorschlag Essers.

Abg. Dr. Fried (NSDAP.) und Abg. Dr. Oberling (Dnat.) schließen sich diesem Protest und dem Verlangen nach namentlicher Abstimmung an.

Mit 201 gegen 218 Stimmen der Nationalsozialisten, Deutschnationalen, des Landvolks und der Kommunisten beschließt das Haus, über alle Aenderungsanträge zur Tagesordnung überzugehen.